

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

Raumordnung und Wirtschaftsförderung

[urn:nbn:de:bsz:31-219105](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-219105)

# Raumordnung und Wirtschaftsförderung

Bürgermeister Kurt Hofheinz

Raumplanung und Raumordnung sind heute gängige Begriffe, über die fast täglich in Fachzeitschriften und Zeitungen berichtet wird. Insbesondere haben sich Politiker und Wirtschaftler der Probleme der Raumordnung angenommen und eine erhebliche Zahl von Wissenschaftlern verschiedener Fakultäten auf den Plan gerufen. Daten und Fakten werden in Grundlagenforschungen erarbeitet, Konzeptionen entwickelt und diskutiert, Pläne und auch immer mehr Planer geboren, ja nachgerade ein neuer Wirtschaftszweig in den Planungsinstituten (zum Teil in Form von Aktiengesellschaften) gegründet. Die unmittelbaren Auswirkungen dieses recht umfangreichen Aufwandes sind allerdings zur Zeit noch gering. Das hat die verschiedensten Gründe, auf die im einzelnen nicht eingegangen werden soll. Nur auf ein Grundproblem soll hingewiesen werden, eine Schwierigkeit, die in der Sache selbst begründet ist, daß jeder und alle von einer Planung nur Vorteile erwarten, oder, was auf das gleiche hinauskommt, daß niemand bereit ist, auf einen wenn auch nur vermeintlichen Vorteil zu Gunsten eines anderen zu verzichten. Sich so in wissenschaftlichen Untersuchungen erschöpfende Planung wäre weitgehend Selbstzweck und würde ihren eigentlichen Sinn verfehlen: neue bessere Ordnungen zu gestalten, d. h. de facto zu realisieren. Ist also die Idee der Raumordnung unrealistisch und utopisch? Nein, das wäre sicher die falsche Konsequenz. Es soll aber gewarnt werden vor übertriebenen Hoffnungen. Sicher ist, daß trotz der bereits ergangenen Bundes- und Landesgesetze noch eine Reihe weiterer gesetzgeberischer und administrativer Maßnahmen erforderlich sind, um raumordnende Ideen durchzusetzen. Es ist noch in keiner Weise geklärt, wie die Diskrepanz zwischen der verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltung der Gemeinden und überörtlichen raumordnenden Notwendigkeiten rechtsstaatlich überwunden werden kann. Es kann den Gemeinden nicht verdacht werden, daß sie ihre vornehmste Aufgabe in der Sicherung und Stärkung ihrer Lebensgrundlagen sehen und daß diese heute im wesentlichen von der Erhaltung und Erhöhung des Wirtschaftspotentials abhängen, denn auch zivilisatorischer Fortschritt, Wissenschaft und Kultur lassen sich nur durch Steigerung des Sozialproduktes realisieren, und es ist unbestritten, daß der Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg zum wesentlichen Teil der Aktivität, dem Optimismus und dem unermüdlichen Eifer der Gemeinden zu verdanken ist. Dieser Erfolg gibt den Gemeinden ein berechtigtes Selbstbewußtsein. Es erhebt sich allerdings die Frage, ob diese Entwicklung, gerade in den Großstädten, zu einem Abschluß gekommen ist. Das läßt sich unseres Erachtens nicht im allgemeinen feststellen, sondern bedarf der Untersuchung im einzelnen, im konkreten Wirtschaftsraum, in der bestimmten Stadt oder Stadtregion. Und daraus ergibt sich die Aufgabe, rechtzeitig Überlegungen über die zukünftige Raumentwicklung anzustellen. Es geht also darum, daß konkrete Vorstellungen über die Gestaltung eines bestimmten Wirtschaftsraumes erarbeitet werden, Vorstellungen, die allgemein verbindlich sind, denn Vorstellungen an sich gibt es natürlich immer, nur weichen sie erheblich voneinander ab je nach dem Standort des Betrachters. Um keine Illusionen aufkommen zu lassen, muß daher zunächst klargestellt werden, was unter Raumordnung und Raumplanung letztlich zu verstehen ist und was man davon erwarten kann.

Der Begriff Raumordnung enthält die Vorstellung über die richtige Zuordnung von Arbeitsplätzen, Wohnungen, Erholungsräumen, Versorgungs- und Verkehrsanlagen, Kulturstätten und sonstigen zentralen Einrichtungen in einem bestimmt abgegrenzten Gebiet. Durch die richtige Zuordnung sollen optimale Ergebnisse erreicht oder nachteilige Entwicklungen verhindert werden. Es ist offensichtlich, daß dabei funktionelle Zusammenhänge zu berücksichtigen sind und daß Größenverhältnisse und Lozierung wesentliche Faktoren darstellen.

Die Aufgabe der Raumplanung dagegen ist es einmal, Fakten zu erarbeiten, die die Richtigkeit der Raumordnungsidee bestätigen und zum anderen, die Konzeption der Raumordnung durchzusetzen.

Bestehen also Meinungsverschiedenheiten über die richtige Raumordnung, oder weiß man noch gar nicht, wie der Raum geordnet werden soll, dann ist, um sich ins Bild zu setzen, eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Verhältnisse erforderlich, aus der sich dann Entwicklungstendenzen abzeichnen. Ob diese Tendenzen gefördert oder verhindert werden sollen, ob neue Entwicklungen eingeleitet, neue Möglichkeiten geschaffen werden sollen, sind dann Entscheidungen, die auf der politischen Ebene getroffen werden müssen. Dabei werden die gesellschaftspolitischen Vorstellungen eine ausschlaggebende Rolle zu spielen haben.

Raumordnung beginnt also mit der Raumplanung, und es nimmt nicht wunder, daß diese ihren Anfang in den Städten genommen hat, die in den industriellen Schwerpunkten und Ballungsgebieten an ihrer hektischen Entwicklung zu ersticken drohten und zwar nicht erst in jüngster Zeit, sondern bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts. So wird zu den Anfängen der Raumplanung die 1902 in Berlin erfolgte Gründung der „Deutschen Gartenstadtgesellschaft“ gezählt, und es sei schon hier vermerkt, daß bereits fünf Jahre später, also 1907, in Karlsruhe die „Genossenschaft Gartenstadt“ in das Genossenschaftsregister eingetragen wurde. Der 1920 gebildete Siedlungsverband „Ruhrkohlenbezirk“ und der Zusammenschluß von sieben Siedlungsausschüssen zur „Landesplanung für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk“ kennzeichnen die weitere Entwicklung. Von allem Anfang an sind demnach wirtschaftliche Entwicklung, Stadtplanung und Raumordnung aufs engste miteinander verknüpft. Die Raumnot in den Städten des Industriezentrums im Ruhrgebiet verlangte kategorisch neue Raumordnungsvorstellungen, die die volkswirtschaftlich notwendige industrielle Fortentwicklung ermöglichten und förderten, ohne die vitalen und elementaren Lebensbedürfnisse in den Städten zu vernachlässigen. Es ging also im wesentlichen um die richtige Zuordnung von Arbeitsstätten, Wohnungen und Erholungsräumen. Und das dürfte auch heute noch der Kern jeder Raumordnung sein. Das kann aber nicht bedeuten, daß nun die ländlichen Gemeinden unter der Flagge der Raumordnung versuchen, die Entwicklung der Städte nachzuvollziehen. Allein der Wunsch nach höheren Steuereinnahmen ist noch nicht die geeignete Grundlage für eine gute Raumordnung. Eine Raumordnung, die die Wirtschaftskraft der Städte mindert und die Industrie im immer schärfer werdenden Konkurrenzkampf lähmt, die die Bedeutung der Agglomeration unterbewertet, wäre Rückschritt. Oberstes Gebot muß immer

bleiben, daß Zuordnungen unter dem Gesichtspunkt optimaler Eignung und Leistungsfähigkeit erfolgen. Lediglich ausreichende Erwartungen genügen nicht. Aber andererseits kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß Raumordnung einen Oberbegriff darstellt, dem sich Teilordnungen unterzuordnen haben. So kann auch die räumliche Ordnung der Wirtschaft und insbesondere industrieller Ansiedlungen nur als Teil der Gesamtordnung gesehen werden. Wirtschaftsplanung steht daher im engsten Zusammenhang mit Raumordnung und kann nur sinnvoll sein, wenn sie sich harmonisch in den gesamten Raum einfügt.

Die Stadt Karlsruhe hat sich schon immer im Laufe ihrer 250jährigen Geschichte dem Gedanken der Raumordnung gegenüber aufgeschlossen gezeigt. Schon ihre Gründung und Anlage vollzog sich unter den Zuordnungsvorstellungen der damaligen Zeit. Vom Residenzschloß aus strahlten die Kraftströme radial in die Stadt und das ganze Land. Solange Karlsruhe Landeshauptstadt war, hat es seine wesentlichen Impulse durch seine Aufgabe als Verwaltungszentrum erhalten. Nach dem zweiten Weltkrieg lag Karlsruhe in Schutt und Asche. Das Land Baden wurde geteilt. Freiburg wurde Verwaltungszentrum im Süden. Karlsruhe, bisher auch geographische Mitte, fand sich in den Südraum des Verwaltungsbezirks Nordbaden verdrängt. Die Funktion als Landeshauptstadt fiel an Stuttgart. Karlsruhe mußte sich neu orientieren, wenn es lebensfähig bleiben wollte. Es mußte neue Wege suchen, um Verlorenes auszugleichen und im Wettbewerb standzuhalten. Und in dieser Situation hat sich die Stadt auf sich selbst besonnen, auf den Fleiß ihrer Bürger, ihre Aktivität, Risikobereitschaft und ihren Mut, auf die eigene Kraft. Der Schwerpunkt der Initiativen verlagerte sich vom „Residenzschloß“ zum „Rathaus“. Die auf sich allein gestellte Stadt entdeckte ihre Möglichkeiten auf Grund des Raumes, der geographischen Lage, der vorhandenen Geländereserven, des Arbeitspotentials und der Verkehrsbeziehungen. Sie besann sich auf ihre kulturelle Aufgabe als Theater- und Kunststadt und ihren Beitrag zu den technischen Wissenschaften durch die bereits 1825 gegründete Technische Hochschule. Der Wiederaufbau erfolgte also nicht ungeordnet, sondern auf Grund

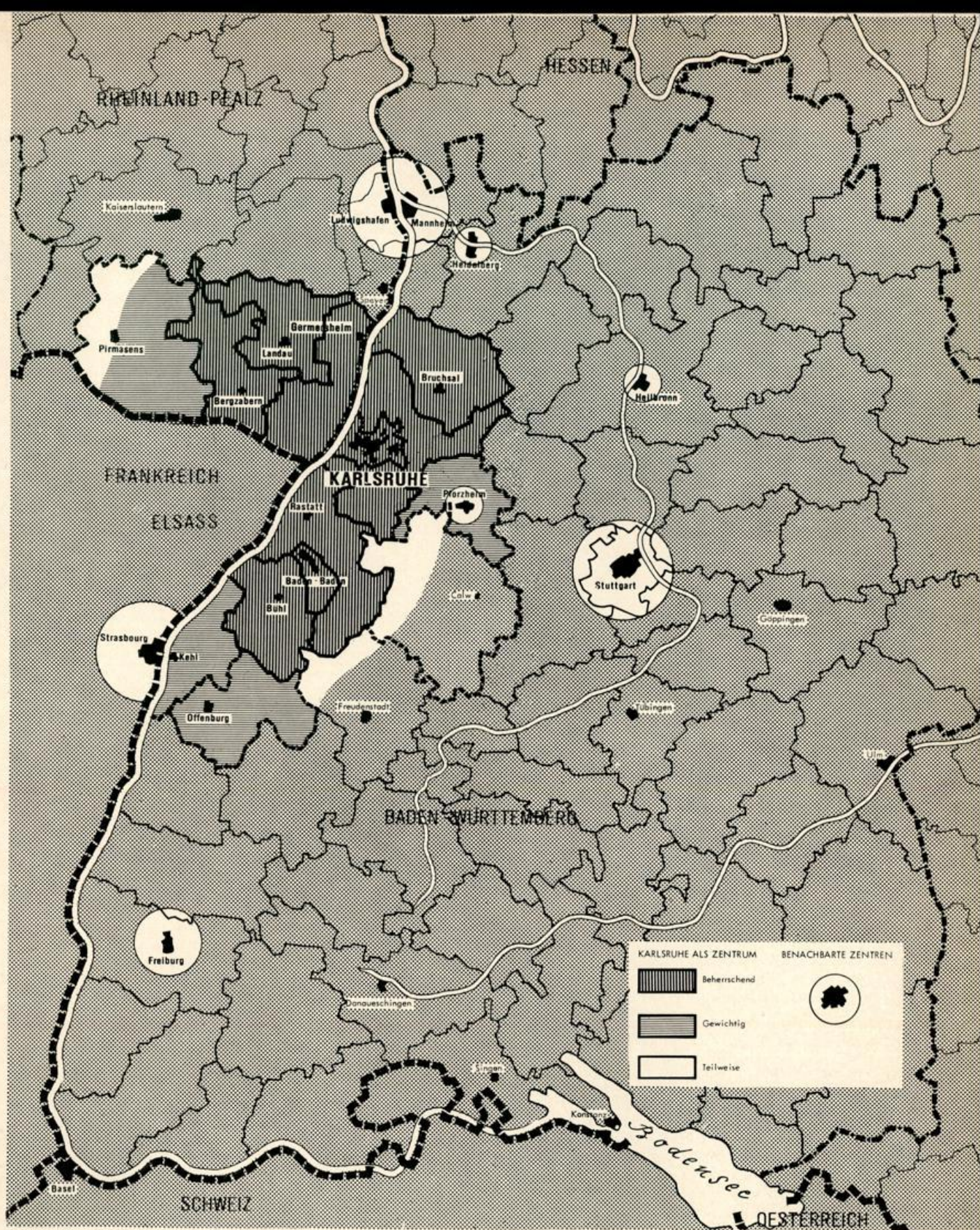
fundierter Überlegungen. Raumordnung hieß zunächst zwangsläufig Planung in der Stadt. Das war die Aufgabe, die gestellt war und gelöst werden mußte. Und es läßt sich wohl ohne Übertreibung sagen, daß die Entwicklung der Stadt die Richtigkeit der neuen Planungen bis zum heutigen Tage immer wieder bestätigt hat. Auch Professor Tenbruck vertritt in seinem Gutachten „Soziale Verflechtung und Gliederung im Raume Karlsruhe“ diese Auffassung. Seiner Meinung nach gibt die Entwicklung der Bevölkerung die geeignetste Grundlage für jede Planung ab, das richtige Verhältnis zwischen der Zahl der Bürger, Wohnräumen und Arbeitsplätzen, Verkehrswegen und Versorgungseinrichtungen. Dazu ist festzustellen, daß die Bevölkerung Karlsruhes im Verhältnis zum Bevölkerungszuwachs der Bundesrepublik relativ beschleunigt zugenommen hat. Karlsruhe hat also, obwohl erst 1715 gegründet und erst 251 Jahre alt, soviel Anziehungskraft besessen, daß es seine Bevölkerung ab 1845 bis heute auf das Zehnfache steigern konnte, währenddessen die Bevölkerung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland in dieser Zeitspanne nur auf das Dreifache angewachsen ist. Von 1939 bis 1964 nahm die Bevölkerung in Karlsruhe um 66 252 Personen zu, das sind 35,91 %. Damit hat Karlsruhe unter den 25 Städten mit über 200 000 Einwohnern nach dem Wachstumskoeffizienten die dritte Stelle erreicht. Karlsruhe zeigt aber nicht nur gegenüber dem Bundesdurchschnitt, sondern auch gegenüber dem Landesdurchschnitt Baden-Württembergs und in der Gegenüberstellung mit anderen vergleichbaren Städten eine überdurchschnittliche Bevölkerungszunahme auf.

Dieses Ergebnis lag nun keinesfalls nur im Zuge der Zeit. Es ist Erfolg zielbewußter Planung und einer guten Witterung für echte Chancen.

Zunächst mußte die Stadt entrümmert werden, dann sollte sie sich wieder mit Leben füllen. Aber was sollte geschehen? Wiederaufbau im Blick auf die Vergangenheit, oder sollten neue Wege, neue Möglichkeiten erschlossen werden? Sollte das Schwergewicht auf die Wiederherstellung des Verwaltungszentrums, der Beamtenstadt, gelegt werden oder auf die industrielle Entwicklung? Die Verantwortlichen der Stadt ent-

Luftbild: Albrecht Brugger, Stuttgart - Freigegeben vom Innenministerium Baden-Württemberg Nr. 2/19421





### Wirtschaftlicher Einzugsbereich für dessen Bevölkerung Karlsruhe ein Zentrum bildet

(entnommen aus dem Wirtschaftsgutachten Prof. Dr. rer. pol. habil. Gerhard Isenbergl)

schlossen sich nicht zum „entweder oder“, sondern zum „sowohl als auch“. Karlsruhe sollte seine Tradition als Verwaltungszentrale und Behördenzentrum beibehalten und fortsetzen und gleichwohl Industrie, Handel und Gewerbe wieder aufbauen und optimal ausbauen, dabei aber auch die Chancen der Erweiterung seiner Bedeutung und Ausstrahlung als Stadt der technischen Wissenschaften nutzen und letzten Endes seine Aufgabe als Kulturzentrum nicht vernachlässigen.

Um ein Ergebnis gleich vorwegzunehmen: Trotz des Verlustes der Funktion als Landeshauptstadt haben sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegenüber dem Stand vor dem zweiten Weltkrieg mit 27 260 nicht vermindert sondern um rund 7 000 auf über 34 000 erhöht. Diese Entwicklung wurde nur dadurch ermöglicht, daß es gelang, im zähen Ringen mit Bund und Land Abwanderungen von Behörden zu verhindern und darüber hinaus neue Ämter zu gewinnen. Zum Ausgleich



In der City (Kaiserstraße)

für den Verlust der Regierung wurde Karlsruhe Sitz des Regierungspräsidiums, des Oberschulamtes und der Forstdirektion und blieb damit zentrale Verwaltungsinstanz für das Gebiet Nordbaden. Dazu gehört auch die neugeschaffene Oberfinanzdirektion mit den ihr angegliederten Bundes- und Landesvermögens- und Bauabteilungen und das Oberlandesgericht. Die Staatliche Münze und das traditionsreiche, über 100 Jahre alte Landesgewerbeamt konnten, letzteres als Landesgewerbeamt Baden-Württemberg — Direktion Karlsruhe —, der Stadt erhalten werden. Das Badische Gemeindeprüfungsamt, die Badische Gebäudeversicherungsanstalt und die Badische Landeskreditanstalt haben ihre Zuständigkeit für das alte Land Baden behalten. Die alte Badische Staatsschuldenverwaltung wurde sogar zur zentralen Staatsschuldenverwaltung des ganzen Landes Baden-Württemberg ausgebaut. Auch der ehemals Badische Rechnungshof in Karlsruhe ist zum Rechnungshof des gesamten Landes erweitert worden. Neben diesen durch die Aufgabenerweiterung wesentlich hervorgehobenen Behörden sind neue Verwaltungen entstanden wie das Amt für Wiedergutmachung und der für das ganze Altbaden zuständige Landeswohlfahrtsverband. Von den Bundesbehörden verblieb in Karlsruhe die Oberpostdirektion und die Bundesbahndirektion, und wir sind der festen Überzeugung, daß die Bundesbahndirektion in Karlsruhe, der mit dem Eisenbahnwesen besonders verbundenen Stadt, auch in Zukunft erhalten bleiben kann, ohne die Rationalisierungsbestrebungen der Bundesbahn zu beeinträchtigen. Neugewonnen wurde die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, die Bundesanstalt für Wasserbau, die Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung, die Landesstelle für Gewässerkunde und Wasserwirtschaftliche Planung Baden-Württemberg, das Landesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin und vor allem der Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht, welche Karlsruhe das Attribut „Stadt des Rechts“ einbrachten.

Es wären noch viele allgemeine Verwaltungseinrichtungen aufzuzählen, die nach wie vor überörtlichen Charakter haben und

in ihrer Zuständigkeit das ganze ehemalige Land Baden umfassen wie der Badische Kommunale Versorgungsverband, die Landesversicherungsanstalt Baden, der Unfallversicherungsverband der Badischen Gemeinden und Gemeindeverbände, der Badische Gemeindeversicherungsverband oder die Chemische Landesuntersuchungsanstalt, auch Berufsgenossenschaften und die Badische Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft wären neben dem Raiffeisenverband Baden zu nennen. Auch die Luftwaffengruppe Süd, die die Tradition der alten Garnisonstadt fortsetzt, wäre hier einzuordnen. Es ist also wohl verständlich, daß die Beschäftigten bei Behörden, Körperschaften und Genossenschaften zugenommen und mittelbar zur Steigerung der Wirtschaftskraft beigetragen haben.

Im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich ist es gelungen, das Badische Landesmuseum zu erhalten, das eine würdige und beispielhafte Unterkunft im wiederaufgebauten Schloß gefunden hat. Die Staatliche Kunsthalle mit ihren alten und neuen Meistern hat an Bedeutung und Ausstrahlung erheblich gewonnen und sich gegenüber Stuttgart durchgesetzt. Die Staatliche Akademie der Bildenden Künste gibt Gelegenheit zum Studium der bildenden Kunst, und die Städtische Hochschule für Musik konnte sich trotz schwerer Kämpfe behaupten. Für die Badische Landesbibliothek wurde ein neues, modernes und zweckmäßiges Gebäude im Nymphengarten errichtet, und die Landessammlungen für Naturkunde sind nach wie vor in dem bereits 1872 vollendeten Gebäude der „Vereinigten Sammlungen“ am Friedrichsplatz untergebracht. Schließlich ist das alte Badische Lehrerseminar neu als Pädagogische Hochschule wiedererstanden, und auch im Hauswirtschaftlichen Seminar, das allerdings sehnlichst auf seinen Neubau wartet, kann das Studium aufgenommen werden. Die Technische Hochschule mit ihren über 6000 Studenten hat ihren guten alten Ruf als älteste Technische Hochschule der Bundesrepublik bewahrt. Zahlreiche Institute und Lehrgebäude wurden und werden neu errichtet. Hier wird beispielhaft augenscheinlich, daß das Land Baden-Württemberg eine offene



Hand für die Bedürfnisse einer modernen Hochschule hat. Auch das alte „Staatstechnikum“, heute Ingenieurschule, hat wesentliche Erweiterungen erfahren. In diesen Zusammenhang gehört auch das Kernforschungszentrum Karlsruhe, dessen Aufgabe es ist, allgemeine Forschungs-, Entwicklungs- und Ausbildungsstätte zu sein und die Grundlagen für die Errichtung von Forschungs-, Versuchs- und Prüfreaktoren zu erarbeiten.

Um sich ein Bild von den Größenordnungen zu machen, sei darauf hingewiesen, daß in den vergangenen 10 Jahren für das Karlsruher Kernforschungszentrum fast 500 Millionen DM ausgegeben wurden ohne den Bau des Mehrzweckforschungsreaktors, der allein 157 Millionen DM gekostet hat. Dieser Mehrzweckforschungsreaktor (MZFR) dient nicht nur der angewandten Forschung, sondern auch der technischen Erprobung eines Reaktors unter den tatsächlichen Betriebsbedingungen. Mit seiner Leistung von 57 000 kW ist er das größte betriebsbereite Kernkraftwerk der Bundesrepublik und der größte Schwerwasser-Natururanreaktor der Welt. Der MZFR ist das erste Kernkraftwerk rein deutscher Entwicklung.

Wie eng die Technische Hochschule mit dem Kernforschungszentrum verbunden ist, zeigt die Entwicklung eines Instituts für Kernverfahrenstechnik, das 5 Millionen DM kostete. Auch andere wissenschaftliche Institute arbeiten hier fruchtbar zusammen, wie die Isotopen-Studien-Gesellschaft e. V. Frankfurt, die bisher 3 Millionen DM aufgewandt hat, oder die in Karlsruhe ansässige Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung, die rund 9,5 Millionen DM investierte. Das Europäische Institut für Transurane, das von Euratom betrieben wird, wurde für 100 Millionen DM aufgebaut, und der Ausbau ist noch lange nicht beendet. Das Karlsruher Kernforschungszentrum ist so zur größten Anlage in Deutschland geworden. Es beschäftigt zur Zeit fast 3000 Personen.

Diese Darstellung wäre unvollständig, wenn nicht auf das Badische Staatstheater hingewiesen würde. Dieses traditionsreiche Theater ist nach wie vor kultureller Mittel- und Schwer-

punkt im Karlsruher Raum. Da es infolge der Zerstörung des alten Hauses unzureichend untergebracht werden mußte, ist der Neubau für ein modernes und den heutigen Anforderungen genügendes Haus bereits fertig geplant und dessen Verwirklichung in greifbare Nähe gerückt. Nur die augenblickliche Finanzlage von Bund, Ländern und Gemeinden hat es noch nicht zum „ersten Spatenstich“ kommen lassen.

Das Schwergewicht der Entwicklung der Stadt Karlsruhe mußte aber seit 1945 auf den konsequenten Aufbau und die Erweiterung der ansässigen Industrie, auf die Gewinnung und Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe gelegt werden und zwar nicht nur zur Erhöhung der wirtschaftlichen Potenz, sondern insbesondere zur Stabilisierung und zur Stärkung der Wirtschafts- und Steuerkraft der Stadt. Das war das wahrhaft Neue und auch Revolutionäre: „Der Weg von der Beamtenstadt zum Industriezentrum.“ Um Gewerbebetriebe anzusiedeln, braucht man nicht nur Raum, sondern auch Energiequellen, Wasser, Straßen u. a. Nichts war daher natürlicher, als zuerst diese Voraussetzungen zu schaffen. So wurden die Kapazität des Städtischen Elektrizitätswerks erhöht, ein Verbund mit dem Badenwerk, das ein neues Dampfkraftwerk am Rhein errichtete, hergestellt und das Leitungsnetz verstärkt. Das Städtische Gaswerk wurde erweitert, der Rheinhafen wieder aufgebaut. Der frühere Umschlaghafen wurde zu einem Industriehafen erweitert und ausgebaut.

Auf dem Wege zum Rhein im Dreieck Rheinstraße — Neureuter Straße entstand nach dem zweiten Weltkrieg das erste neue Gewerbegebiet in Karlsruhe. Es wurde so geplant, daß auch Gelände für Wohnungen zur Verfügung stand, denn gleichzeitig mit dem Aufbau der Industrie, des Handels und des Handwerks mußten Hand in Hand Wohnmöglichkeiten geschaffen werden. In den ersten Jahren nach dem Krieg galt die Hauptsorge den Arbeitsplätzen, da auch über 40 000 Heimatvertriebene in die Wirtschaft einzugliedern waren. Nachdem die günstigen Standortbedingungen in Karlsruhe erkannt waren, rückte das Erfordernis, Wohnraum zu schaffen, immer mehr in

den Vordergrund. Das führte zur Erweiterung und zur Errichtung neuer Wohnsiedlungen, deren bemerkenswerteste die Waldstadt mit ihren heute schon rund 12 000 Einwohnern ist. Und dieses neue, ideal gelegene Wohngebiet wird noch zu einem Stadtteil mit etwa 25 000 Bewohnern ausgebaut werden. Hier sind Wohnmöglichkeiten für das neue Industriegebiet, die „Tagweidwiesen“ bei Hagsfeld, geschaffen worden, ebenso wie im Wohngebiet „Lohn-Lissen“ und „Durlach-Aue“ Wohnungen für die Arbeitskräfte der neu angesiedelten Unternehmen in „Oberwald-Killisfeld“ erstellt worden sind. Das jüngst ausgewiesene Gewerbegebiet im „Oberweingartenfeld“, das im wesentlichen durch Umlegung privater Grundstücke geschaffen wird, liegt in günstiger Verkehrslage zur Autobahn und hat sein Hinterland in den Ortsteilen Bulach und Beiertheim. Die Ansiedlung der beiden Großraffinerien ESSO AG. und DEA SCHOLVEN GmbH. mit der RDO (Rhein-Donau-Ölleitung) am Rhein sind dem Ortsteil Knielingen zugeordnet. Das war übrigens die bedeutendste Industrieansiedlung der letzten Jahre, die mit ihren hohen Kapitalinvestitionen und mit ihrer Entwicklungsfähigkeit zu einem industriellen Schwerpunkt wurde. Gerade diese Ansiedlung und der im Hinblick auf die heute rund 46 000 Pendler immer noch erhebliche Wohnungsbedarf hat zu dem Projekt „Rheinstadt“ angeregt, eine Wohnsiedlung für 27 000 Menschen unmittelbar am Rhein. Die Ansiedlung der Raffinerien hat auch den Bau eines Sonderhafens für Öltanker mit sich gebracht, so daß der Öltransport durch Pipeline, Straße, Bahn und Wasser mehrfach abgesichert ist.

Zusammengefaßt ergibt sich:

Die Errichtung von Gewerbegebieten wurde mit der Planung neuer Wohngebiete abgestimmt und somit die Möglichkeit geschaffen, daß — wie kaum in einer anderen Großstadt der Bundesrepublik — eine beachtliche Anzahl neuer Betriebe angesiedelt und damit die Wirtschafts- und Steuerkraft der Stadt verstärkt werden konnte. Unternehmen, die Weltgeltung haben, konnten für den Platz Karlsruhe gewonnen werden. Es war klar erkannt worden, welche Unternehmen für den Wirtschaftsraum Karlsruhe interessant sind und in den Rahmen des örtlichen Wirtschaftslebens passen und — es sei zugegeben — auch etwas bringen. Dies waren die Hauptgesichtspunkte, nach denen die Karlsruher „Raumordnung“ und „Wirtschaftsförderung“ betrieben wurde. Und der Erfolg hat diese Überlegungen und Entscheidungen in ihrer Richtigkeit bestätigt. Karlsruhe ist heute durch die lokale Raumordnung zu einem Wirtschaftsraum geworden, der in seiner Struktur ergänzt und ausgeglichen ist.

Über 300 Betriebe wurden in den letzten 15 Jahren in Karlsruhe neu angesiedelt. Die Industrieumsätze stiegen in diesen Zeiträumen von 648 Millionen DM auf 2,276 Milliarden DM an, die Umsätze im Großhandel von 369 Millionen DM auf 1,180 Milliarden DM und die des Einzelhandels von 185 Millionen DM auf 943 Millionen DM. Die Zahl der Industriebeschäftigten erhöhte sich von 28 398 auf 44 723 Arbeitnehmer. Beschäftigt waren insgesamt nach der letzten Volkszählung 1961 in Karlsruhe 156 336 Personen gegenüber 94 143 im Jahre 1939. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel von 7 758 auf 12 982 und im Großhandel von 5 034 auf 10 063. Auch das Gewerbe zeigt bis 1963 eine steigende Tendenz. 1950 waren 15 000 Arbeitsplätze besetzt, 1963 (letzte statistische Erhebung) 22 153.

Betrug die Einpendlerzahl 1950 17,1 % = 16 114, so ist sie 1961 auf 29,9 % = 46 727 angestiegen, und schließlich zählt die Wohnbevölkerung der Stadt heute über 255 000 Einwohner gegenüber 186 000 im Jahre 1938, dem Höchststand vor dem zweiten Weltkrieg. Nimmt man die bemerkenswerte Tatsache dazu, daß Karlsruhes Bevölkerung im Gegensatz zu anderen Großstädten nicht stagniert, sondern noch im Wachsen begriffen ist, so dürfte auch heute kein Anlaß zur Resignation bestehen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entwicklung im Karlsruher Wirtschaftsraum noch nicht abgeschlossen ist. Es kommt auch Professor Tenbruck in seiner Prognose zu dem Ergebnis, daß Karlsruhe bis zum Jahre 1980 zwischen 275 000 und 290 000 Einwohner haben wird. Ergeben sich daraus neue planerische und raumpolitische Forderungen?

Diese Frage kann heute noch nicht abschließend beantwortet werden. Es wäre jedoch sinnwidrig, die natürliche Entwicklung der Stadt zu hindern, ihr Wachstum gewaltsam zu beschränken, ihre Möglichkeiten nicht auszuschöpfen. Natürlich sind auch in

Karlsruhe Spannungen auf dem Arbeitsmarkt vorhanden; es sind Spannungen, die in allen Ballungsräumen der Bundesrepublik zu verzeichnen sind. Wenn man allerdings nur diese allgemeinen Spannungen sehen will, dann müßte allenthalben in der Bundesrepublik jede Ansiedlung und Erweiterung von Betrieben unterbleiben.

Indessen sind dennoch wesentliche Gradunterschiede in Bezug auf die Ansiedlungsmöglichkeiten — vom Arbeitseinsatz her gesehen — im Blick auf die Bundesrepublik gegeben. Die Stadt Karlsruhe gehört nach dem Urteil der Raumplanung und der Wirtschaftsstatistik noch zu den Orten, die geeignet sind, ihre Wirtschaftskraft zu intensivieren.

Zum Beleg dieser Behauptung wird auf die Feststellungen verwiesen, die an Hand der Ergebnisse der letzten Volkszählung getroffen wurden. Von den Erwerbspersonen der Stadt waren hiernach 41 % im produzierenden Gewerbe, d. h. in Industrie und Handwerk tätig, während beispielsweise in Mannheim 53 % der Erwerbspersonen dem genannten Wirtschaftsbereich zugehörten, in Pforzheim waren es 62 %. Sogar der Baden-Württembergische Landesdurchschnitt lag mit 52,3 % ganz wesentlich über dem Karlsruher Ergebnis. Hingegen stellen in der Karlsruher Erwerbsstruktur die Dienstleistungen einen außerordentlich hohen Prozentsatz: 34,7 % aller Erwerbspersonen in unserer Stadt gehören zu diesem Wirtschaftsbereich, während beispielsweise in Mannheim nur 23,5 % mit Dienstleistungen beschäftigt sind. Schon allein nach diesen Zahlen ist der Wirtschaftsbereich produzierender Gewerbe in Karlsruhe noch unterentwickelt, d. h. die Ansiedlung neuer Betriebe und der Ausbau der vorhandenen Betriebsstätten muß erwünscht sein.

Darüber hinaus läßt sich an Hand der Volkszählungsergebnisse feststellen, daß bezüglich des Anteils der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung, verglichen mit den anderen beiden Großstädten von mehr als 200 000 Einwohnern (Stuttgart und Mannheim) Karlsruhe mit 46,7 % einen besonders niedrigen Prozentsatz zeigt (Stuttgart 54,8 %, Mannheim 49,7 %). Karlsruhe erreicht bis jetzt noch nicht einmal den Landesdurchschnitt von 51,7 %. Das bedeutet, daß in der Karlsruher Bevölkerung noch ein erhebliches Arbeitskräftepotential auf längere Sicht zu mobilisieren sein muß. Dieses Potential ist nur zu erschließen auf dem Wege über einen örtlichen Wettbewerb um die Arbeitskräfte.

Zur Arbeitslage ist auszuführen:

Während im Lande Baden-Württemberg auf 1 Erwerbslosen im Juni 1965 416 offene Stellen kamen, waren es im Arbeitsamtsbereich Karlsruhe nur 261 offene Stellen je gemeldetem Arbeitslosen. Die Arbeitsmarktlage ist demnach im Landesdurchschnitt wesentlich angespannter als im Karlsruher Raum. Professor Tenbruck stellt in seinem Gutachten dazu fest, daß in Karlsruhe/Stadt derzeit nur etwa 70 % der „potentiellen Erwerbsbevölkerung“ tatsächlich erwerbstätig sind. Er kommt zu dem Schluß, daß nach Abzug aller noch in Ausbildung stehenden Jugendlichen, der Frühinvaliden usw. Karlsruhe noch 38 000 potentielle Arbeitskräfte besitzt, die es zu mobilisieren gilt. Die Wirtschaftsförderung der Stadt sieht ihre Hauptaufgabe darin, entsprechend diesen Feststellungen den Ausbau der industriellen Produktion in der Stadt weiter zu fördern. Bezüglich der wirtschaftlichen Zukunftschancen der Stadt verweist Prof. Tenbruck mit vollem Recht darauf, daß die Entscheidung über die Frage, „wie lange Karlsruhe gegenüber dem Umland als Arbeitsort noch vorrangig bleibt, wesentlich von den Wettbewerbsbedingungen abhängt“. Die Studie weist ferner darauf hin, daß die Bemühungen der Stadt auf ein höheres Leistungs- und Berufsniveau gerichtet sein müssen. Die Hebung des Berufsniveaus verlangt aber in erster Linie die Ansiedlung weiterer Betriebe, die ein besonders hohes Lohnniveau besitzen. In der Untersuchung über die Raumordnung im Karlsruher Bereich wird mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß die Anziehungskraft Karlsruhes auf die Berufseinpender künftig weitgehend von besonders attraktiven örtlichen Arbeitsbedingungen abhängig sein wird. Die Stadt Karlsruhe kann und darf daher auch heute noch nicht die Hand in den Schoß legen. Im Gegenteil, sie ist gezwungen, wenn sie nicht ins Hintertreffen geraten will, wie bisher jede Chance zu nutzen, Betriebe mit aussichtsreicher Zukunftsent-

wicklung an sich zu ziehen. Was aber noch wesentlicher erscheint, ist die Notwendigkeit ständiger Umstrukturierung, die Verbesserung des bestehenden Wirtschaftsgefüges durch qualifizierte Unternehmen. Auch die Wirtschaft ist in ständiger Bewegung. Sie stößt nach ihren eigenen Gesetzen unrentable Betriebe ab. Das vollzieht sich außerhalb der Zuständigkeit der Stadt. Aber zu ihrer Aufgabe gehört es ohne Zweifel, zum Besten aller Bürger beizutragen und für möglichst sichere und gute Einkommens- und Lohnverhältnisse zu sorgen.

Diese Auffassung deckt sich auch mit dem ersten Wirtschaftsgutachten über den Stadt- und Landkreis Karlsruhe. Um Fehlentwicklungen zu vermeiden, hat die Stadt Karlsruhe schon 1957 Professor Isenberg einen Auftrag gegeben, die Grundlagen für den Bauleitplan wissenschaftlich zu erarbeiten. Daraus entstand das Gutachten „Zur wirtschaftlichen Entwicklung des Stadt- und Landkreises Karlsruhe“, das im Herbst 1962 veröffentlicht wurde. Darin heißt es: „Karlsruhe weist von all den vergleichbaren Städten ein Gleichmaß an Vorzügen in wirtschaftlicher, verkehrlicher, landschaftlicher und entwicklungspolitischer Hinsicht auf. Nirgends extreme Vorteile, aber auch nicht die Nachteile, wie sie an irgendeiner Stelle in den anderen Städten fühlbar sind. Diese Tatsachen würden es rechtfertigen, wenn wir die Entwicklungsmöglichkeiten für Karlsruhe günstiger einschätzen als für die entsprechende Strukturgruppe (mittlere Verdichtungszone städtischer Art) in der Bundesrepublik und auch in der Mehrzahl der Städte in der übrigen Rheinebene.“ Professor Isenberg vertritt die Auffassung, daß bis zum Stichjahr 1980 die Bevölkerung im Stadt- und Landkreis Karlsruhe weit über die Vermehrung im Bundesgebiet von 13 % sich um mindestens 30 % vergrößern würde. Die beiden Großraffinerien könnten sogar, so meint Isenberg, eine so große Aktivität entfalten, daß mit einer 50 %igen Bevölkerungszunahme gerechnet werden könnte. Dieser Optimismus kann nicht geteilt werden. Es wird jedoch anerkannt, daß Karlsruhe im Jahre 1980 mit 290 000 Personen wird rechnen müssen. Diese Schätzung widerspricht nur ganz unwesentlich der Meinung Professor Tenbrucks, der im vergangenen Jahr das ursprünglich von der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe Professor Arnold Bergsträsser in Auftrag gegebene Gutachten über die „Soziale Verflechtung und Gliederung im Raume Karlsruhe“ fertiggestellt hat. Er schätzt die Bevölkerungszunahme der Stadt bis zum Jahre 1980 auf 275 000 untere und 290 000 Personen obere Grenze.

Sie deckt sich aber auch mit den statistischen Annahmen. Nach diesen hat sich die Bevölkerung von 1960 mit 239 372 auf 254 501 im Jahre 1965 erhöht. Das sind rund 6 % und ergibt in 20 Jahren rund 20 %. Der Zuwachs bis 1980, von 1960 an gerechnet, um rund 50 000 Personen ist danach sehr wahrscheinlich.

Die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung stellt natürlich nur eine Komponente, aber die wichtigste für die Entwicklung eines Raumes dar. Sie setzt nicht nur voraus, daß die entsprechenden Arbeitsplätze geschaffen werden und daß die erforderlichen Wohnungen zur Verfügung stehen, sondern auch, daß Geburtenzuwachs und Wanderungsgewinn dieses Wachstum ermöglichen. Dabei scheint wohl der Wanderungsgewinn als der Faktor mit der größten Bandbreite, wenn auch heute schon nicht ausgeschlossen werden kann, daß der Geburtenzuwachs steigen wird. Es wird also nach wie vor darauf ankommen, daß die Stadt ihre Aktivität bewahrt und Anreize für Strukturverbesserungen gibt. Nur dann ist sie in der Lage, ihr „spezifisches Gewicht“ zu erhalten und ihrer Aufgabe auch im Rahmen der EWG gerecht zu werden. Nur dann kann sie das selbst gesteckte Ziel erreichen, unter Wahrung der Tradition eine fortschrittliche Stadt zu sein, in der sich Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft in wohlausgewogener Harmonie befinden. Im übrigen kann der Wille zu einer Gesamtkonzeption im Wirtschaftsraum Karlsruhe nicht besser als dadurch dokumentiert werden, daß die Stadt gemeinsam mit den Landkreisen Karlsruhe, Bruchsal und Rastatt dem Institut für Stadt- und Landesplanung an der Technischen Hochschule Karlsruhe (Professor Bayer) den Auftrag zum Entwurf eines Raumordnungsplanes bereits 1963/64 erteilt hat, eines Raumordnungsplanes, der einen Spezialauftrag der Prognos AG Basel umfaßt, an dem sich auch die Industrie- und Handelskammer Karlsruhe beteiligt hat. Dieser Spezialauftrag, nämlich eine „Analyse und Prognose von Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“, wird sich mit der voraussichtlichen Entwicklung unseres Wirtschaftsraumes einschließlich des Landkreises Germersheim befassen. Das Ergebnis dieser Gutachten, das im April 1967 erwartet wird, wird mit unseren Erfahrungen die Grundlage für die zukünftigen kommunalpolitischen Entscheidungen auf dem Gebiet der Raumordnung und Wirtschaftsordnung abgeben. Wir sind zuversichtlich, daß auch darin die planerischen wirtschaftsfördernden Maßnahmen der Stadt Karlsruhe seit 1945 ihre volle Bestätigung finden werden.

Das Karlsruher Ölzentrum mit dem neuen Ölhafen am Rhein

